

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Botenfreistunde monatlich 80 Mk., Einzelverkaufspreis 4,00 Mk. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Zeile oder deren Raum 12,00 Mk., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 11,00 Mk., Reklamen 45,00 Mk. Beilagengebühr 1000 Stk. 225 Mk. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf 926



# Lübecker Volksbote

Nummer 209.

Donnerstag, 7. September 1922.

29. Jahrgang.

## Zur proletarischen Einigung.

Nach Fertigstellung des Aktionsprogramms der künftigen Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sind Vertreter der beiden Parteien am Mittwoch auch in Beratungen über die organisatorische Wiedervereinigung eingetreten, die in erfreulicher Weise fortschreiten. Besprochen wurde u. a. die künftige Befehung des Parteivorstandes und Presseangelegenheiten.

Zum Entwurf des Aktionsprogramms nimmt die „Freiheit“ in zustimmender Weise Stellung, in dem sie schreibt:

Gewiß kann man noch manche Einzelheiten aufzählen, die ausgenommen werden könnten, man kann für manche Fragen eine andere Formulierung wünschen. Aber die Frage für die Mitglieder beider Parteien ist ja nicht die, ob alle ihre Wünsche und Forderungen in dem Programm restlos erfüllt sind, sondern ob die durch das Programm dokumentierte Übereinstimmung in allen wesentlichen Punkten vorhanden ist. Und das ist der Fall.

Deshalb ist das Aktionsprogramm als Ganzes eine Grundlage der Vereinigung, die von den sehnsüchtig die Einigung wünschenden Massen der Sozialdemokratischen Partei wie der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei mit Freuden begrüßt werden wird. Aus dieser Überzeugung heraus rufen wir: Es lebe die „Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands!“

Der Entwurf wird den beiden Parteitagen von Augsburg und Gera sowie dem Einigungstag von Nürnberg unterbreitet werden, der über ihn das letzte Wort zu sprechen haben wird.

In der Annahme, daß bis dahin die Wiedervereinigung von Sozialdemokraten und Unabhängigen erfolgt ist, werden die Vorstände der beiden preußischen Landtagsfraktionen für den Nachmittag des 26. September die sozialdemokratischen und unabhängigen Landtagsabgeordneten zur ersten gemeinsamen Fraktionsitzung einladen.

Die erfolgreich fortgeschrittenen Einigungsvorhandlungen bezeugen begreiflicherweise den Kommunisten große Kopfschmerzen. Sie befürchten mit Recht, daß sehr viele Arbeiter, die aus Verärgerung über die Zersplitterung in den letzten Jahren abseits standen, in die geeinigte Partei wieder eintreten werden. Die Kommunisten lassen deshalb alle Mienen springen, um die beiden sozialistischen Parteien und nicht zuletzt die Gewerkschaften, herunterzureißen und

zu verächtigen. Die „Rote Fahne“ vermischt die Mittel zur Durchführung der sozialdemokratischen Forderungen. Sie kann sich natürlich überhaupt kein anderes politisches Kampfmittel als die Diktatur vorstellen, und da diese Diktatur im Aktionsprogramm fehlt, kann es begreiflicherweise vor den Augen der roten Militäristen keine Gnade finden. Die „Rote Fahne“ wirft einen Blick zurück auf den Weg der Enttäuschungen, und sie zählt mit grimsem Behagen diese Enttäuschungen auf: Klassenjustiz, Sondergerichte, Schulleid, Steuerkompromiß, Sozialisierung usw. Wir kennen die Enttäuschungen, wir kennen aber auch im Gegensatz zur „Roten Fahne“ das Mittel, diesen Weg abzukürzen. Das Mittel ist die Einigung, und der Weg dazu ist das Aktionsprogramm.

Die Blätter der bürgerlichen Mitte betonen in der Hauptsache die weiße Zurückhaltung und Mäßigkeit in der Sprache des Programms. Das „Berliner Tageblatt“ sagt, das Einigungsprogramm sei in der Hauptsache ein „radikales sozialpolitisches Programm“. Hervorgehoben wird besonders die Vereinheitlichung des Sozialismus nach der gemeinschaftlichen und genossenschaftlichen Seite hin. Die Einheit der Masse ist es, die der bürgerlichen Mitte am meisten Respekt abnötigt. — Das zeigt sich auch in der Kritik der sinnlosesten „Täglichen Rundschau“. Das Stinnes-Blatt bemüht sich deshalb auch, unter allen Umständen Brüche, Differenzen und „weltanschauliche Verschiedenheiten“ zwischen den beiden sozialistischen Gruppen zu entdecken. Die rechtsradikale Presse unter der Führung der „Deutschen Tageszeitung“ bringt die üblichen Redensarten der Reaktionen.

## Die bayrische U. G. P. für die Einigung.

München, 7. September.

Die oberbayrische Kreisversammlung der U. G. P. richtete am 3. September einen Antrag an den deutschen Parteitag der U. G. P., worin sie die angebahnte Einigung zwischen den beiden sozialistischen Parteien begrüßt und alle in dieser Richtung unternommenen Schritte billigt. Sie sei der Auffassung, daß die wirtschaftlichen und politischen Gründe eine Einigung dringend notwendig erscheinen lassen. Die Verhandlungen, die schnellstens zum Abschluß gebracht werden müssen, seien auf dem Boden der Gleichberechtigung beider Parteien auf neuprogrammatischer Grundlage zu führen.

besonderer Ausschuss eingeleitet werden möge. Im weiteren Verlauf der Rede ging er auf die schwierige wirtschaftliche Lage ein, die gegenwärtig die Welt, vor allem Deutschland erschüttert. Er wies, das weitere auf den Ernst der durch den Marktzug geschaffenen Lage hin, die nach Ansicht unterrichteter Leute dazu führen könne, daß Deutschland in wenigen Monaten, dort sei, wo sich heute Desterreich befindet. Dazu komme die überaus verwickelte Wiedermachungsfrage. Eine bestimmte Lösung könne er nicht vorschlagen. Er forderte die Versammlung auf, alle diese Fragen, die das öffentliche Leben vergiften, mit äußerster Aufmerksamkeit zu verfolgen.

Die Versammlung wählte folgende Mitglieder zu Vizepräsidenten: Walfour-England, Hanotour-Frankreich, Gomez-Portugal, Branting-Schweden, Gimeno-Spanien und Rintschisch-Südslawien. Der Wahl waren langwierige Besprechungen zwischen den einzelnen Abordnungen vorausgegangen, die durch die Gegensätze innerhalb der Südamerikaner besonders erschwert waren.

## Die englischen Gewerkschaften zur Reparationsfrage.

Der zurzeit in Southport tagende englische Gewerkschaftskongress nahm am Dienstag unter anderem auch eine Resolution zur Reparationsfrage an. In derselben heißt es:

Die Konferenz, auf der über 5 Millionen organisierte britische Arbeiter vertreten sind, erkennt an, daß die Entscheidung der Reparationskommission für das deutsche Volk einen zeitweiligen Aufschub der unmöglichen Lasten gesichert habe, die diesem von den alliierten Regierungen auferlegt wurden. Ferner wird in der Entscheidung dem Plane einer internationalen Wiederaufbauarbeit zugestimmt und erklärt, daß kein Plan für die Wiederaufstellung Europas möglich sei, wenn nicht die Befehung der Rheinlande und die Politik der Gewalt aufgegeben werden. Eine weitgehende Frist und Erleichterung für die Zahlungen sei Voraussetzung für die deutsche Zahlungskraft. Die deutschen Verpflichtungen müßten auf eine vernünftige Grundlage gebracht werden, da der augenblickliche Zustand der Ungewißheit der Hauptfaktor für die wirtschaftliche Lage in Europa sei. Unter gleichen Rechten und Pflichten müßten Deutschland und Rußland zum Völkerverbund zugelassen werden.

Der Gewerkschaftskongress beschloß, den Londoner „Daily Herald“ anzulassen und in eigene Verwaltung zu nehmen.

## Dollar mittags 1225.

Die absteigende Tendenz machte sich in der Voraussicht auf den günstigen Abschluß der deutsch-belgischen Verhandlungen bemerkbar. Am Morgen stand der Dollar noch auf 1300.

## Die deutsch-belgischen Verhandlungen.

SPD. Berlin, 7. September.

Die Besprechungen mit den Vertretern Belgiens am Mittwoch waren rein formeller Art. Vormittags sprachen Delacroix und Bemelmans mit dem Reichsfinanzminister vor. Später erstatteten sie dem Reichskanzler einen Besuch ab. Am Mittwoch nachmittag haben keine Verhandlungen stattgefunden. Die ersten offiziellen Besprechungen über die Garantien für die Schwarzweil beginnen heute Donnerstag vormittag und werden den ganzen Tag über dauern. Wahrscheinlich wird auch am Freitag noch verhandelt werden. Während der inoffiziellen Besprechungen haben Delacroix und Bemelmans über ihre Wünsche noch nichts verklaart lassen.

Die Reichsregierung geht mit dem besten Willen zur Verständigung an die Beratungen. Sie wird entgegenkommen, soweit das in den Grenzen der Möglichkeit liegt und soweit eine Gefährdung ihrer ernsthaften Bestrebungen, eine Stabilisierung der Mark herbeizuführen, nicht in Frage kommt. Eine Lösung, die das Gegenteil dieser Bestrebungen bewirkt, ist für Deutschland keine Lösung.

M. Berlin, 7. September.

Nachdem die belgischen Delegierten Delacroix und Bemelmans mit dem Bankier Philippson und dem belgischen Gesandten gestern vormittag vom Reichskanzler und dem Reichsfinanzminister empfangen worden waren, fanden gestern nachmittag gleich nach Tisch die ersten materiellen Beratungen statt. In großen Umfassen beschäftigte man sich mit den in Frage stehenden Problemen. Die Besprechungen zogen sich bis tief in den Nachmittag hinein. In amtlicher Stelle bewahrt man über den Inhalt strengstes Stillschweigen. Mit Detailfragen hat man sich noch nicht befaßt. Um 5 Uhr nachmittags fand eine Chefbesprechung statt.

## Aus der Tagung des Völkerverbundes.

WZ. Genf, 6. September.

In seiner heutigen großen politischen Rede berührte Lord Robert Cecil u. a. eine Anzahl Deutschland betreffender Fragen, so die oberste politische Frage, die Saar- und die Danziger Frage, sowie den deutschen Marktzug. Er sprach seine Bewunderung über den Abschluß des deutsch-polnischen Abkommens unter Leitung Calenders aus und ging dann auf die Verhältnisse im Saargebiet ein. Er erklärte, daß an der Wiederherstellung Deutschlands im Saarländischen Gebiet scharfe Kritik geübt wurde. Dies erregte allgemeines Aufsehen. Endlich regte er an, daß zur Behandlung der besonders schwierigen Danziger Frage ein

## Politik und Geschäft.

Die bürgerliche Presse ist über den Stinnesvertrag in Schwelitäten, aber sie setzt sich mit geschäftlicher Gerissenheit über den Zwiespalt hinweg. Man braucht nur einen Blick in die „Lübecker Anzeigen“ oder den „General-Anzeiger“ zu werfen, dann wird jedem die politische Fassspielerei jener Seite klar. Wir hatten heute früh das Vergnügen, in den „Lüb. Anz.“ einen Leitartikel über „Die neueste Wendung“ zu lesen, dem unisono die Richtigkeit der wirtschaftlichen Erfüllungspolitik bewiesen wird. Der Grund für die politische Umstellung in der Königsfrage wird auch unzweideutig aufgedeckt: er gipfelt in der Beseitigung des Konkurrenzneides. Der frühere Text hieß Unfähigkeit der Regierung, Verrat des Volkes.

Man hat plötzlich das Wiesbadener Abkommen durch die eben veröffentlichte Vereinbarung zwischen einer großen Gruppe der deutschen Industrie unter der Führung von Hugo Stinnes und der französischen Wiederaufbaugenossenschaft, unter der Führung des Marquis de Lubersac eine neue Auslegung und Bedeutung gewonnen.

— So druden heute die „L. A.“ und klauen alle Wohltaten heraus, die der deutschen Arbeiterschaft durch die Stinnespolitik erwachsen sollen. Denn die so oft verlästerten deutschen Arbeiter sind es, die die reale Aufbaubarkeit leisten müssen, wie sie die ideale geleistet haben. Es wäre wirklich eine anerkennenswerte Leistung, wenn die „Lüb. Anz.“ die flüchtige Einsicht beherzigen wollten, „wie viel besser es für beide Teile (Frankreich und Deutschland) ist, zusammen zu arbeiten, statt daß man sich mit hohlerem Angriff und berechtigter Abwehr gegenseitig das Leben sauer macht“. Die Befolgung dieses löblichen Grundsatzes würde aber den Bestand der Deutschnationalen Volkspartei überflüssig machen. Diese Befürchtung ist jedoch hinfällig, denn der von den „Lüb. Anz.“ abgedruckte Artikel ist nicht, wie ihm der Anschein zu geben versucht wird, eigenes Geistesprodukt, sondern Stinnesfabrikat, wie sein gleichzeitiges Erscheinen im volksparteifischen „Hamburger Korrespondenten“ beweist.

Der mit der Reaktion durch dick und dünn gehende „General-Anz.“ nimmt seinem stinnesgeehrten Ableger die Rosinen vorweg und reitet nun in der Erfüllungspolitik Galopp.

„Es kommt ebenso sehr darauf an, daß die deutsche Großindustrie den Lieferungsvertrag man auch in jedem Punkte einzuhalten vermag. Auch sie treibt jetzt Erfüllungspolitik, auch sie gibt Besprechungen, die eingehalten werden müssen, wenn nicht abermals ein Zusammenbruch eines ganzen politischen Systems eintreten soll, bei dem die Volkstimmung in Frankreich noch mehr in unserem Sinne verdrängen werden würde, als durch die bisherige Politik der Reichsregierung.“

Der Pferdehuf gegen Wirth soll nur die Stimmung für Stinnes schmachhafter machen. In Wirklichkeit wüßten die guten Deutschen schon längst, daß eine andere als die von der sozialdemokratischen Partei vorzugsweise geforderte und vertretene Politik der Verständigung die einzig mögliche war. Daß der „General-Anz.“ die Arbeiterschaft lobt und im gleichen Zug die Abschaffung des 8-Stunden-Tages im Interesse des Profits energig fordert, sei nur nebenbei erwähnt.

Ueber den Stinnesvertrag und die Verquickung von Politik und Geschäft schreibt der „Vorwärts“:

Gewaltige Gewinne winken der Privatwirtschaft. Sie hat in den Aufträgen an Sachlieferungen eine Auftragsreserve, die geeignet ist, ihr über die schwersten inneren Abzweigungen hinwegzuhelfen.

In der Zeit, wo die Geldentwertung vernichtend auf den Lohnempfänger und Rentnern lastet, sichert sich die Industrie durch Privatvertrag ihren Gewinn am Wiederaufbau Nordfrankreichs, wie sie aus dem Völkerverbund selbst ihren privaten Vorteil zog ohne Rücksicht auf Fremde und Heimat.

Eine ungeheure Welle der Erbitterung und der Enttäuschung geht durch die Arbeiterschaft. Das Unternehmertum hat den Staat verlogen, es war stärker als der Staat — der Staat, der in der Demokratie die Herrschaft des Volkes über sein Geschick sichern soll. Aber nicht das ist das Entscheidende. Solange wir ein privatkapitalistisches Unternehmertum, wie es jetzt wieder selbst in das kommunistische Rußland zollfrei importiert wird, haben solange die Arbeiterschaft nicht ganz Herr ihres Geschicks ist, wird der tatsächliche Erfolg einmal der einen, einmal der anderen Seite zuneigen. Man wird selbst im Hinblick auf höhere politische Gewalt, wie sie jetzt durch die Reparationspolitik der Entente seit Jahren über Deutschland lastet, eigenes Wünschen und eigene Forderungen vor der größeren Notwendigkeit einschränken oder aufheben müssen. Was am Wiederaufbaugeschäft des Herrn Stinnes so helle Gewinne bis in das radikale Bürgertum hinein ausstößt,

das ist die Tatsache, daß der tüchtige Geschäftspolitiker der Reparationen zugleich der Führer im Kampfe gegen jede Erfüllungspolitik gewesen ist.

Gegen die Führer der Erfüllungspolitik haben Schwerindustrie, Presseorgane und Parlamentarier die Hege geführt, die mit dem Mord eines Rathenau endete. Willenslos und hat jeder eigenen Kritik stand diese politische Macht zu den schwarz-weiß-rotten Mörderhänden. Keine Verhandlung mit der Entente verging, wo sie nicht mit tausend Stimmen ihr „Anerkennung“ gerufen, und sobald die Reichspolitik den als richtig erkannten Weg ging, verantwortliche politische Führer verunglückten hätten. Selbst in der neuesten Zeit entfachte die der Schwerindustrie willige Presse eine Hege gegen die Regierung, die darauf schloß, daß der persönliche Kampf gegen die Regierungsglieder von neuem mit unerbörter Schärfe und Tatkraft aufgenommen werden sollte. Noch ehe man über Zweck und Sinn dieser Angriffe ein klares Urteil zu gewinnen vermochte, stand die Öffentlichkeit vor der Tatsache, daß der bedeutendste Führer der Opposition selbst einen Schritt unternommen hatte, der geradezu grundlegend für die nächste Wiederherstellung der Erfüllungspolitik ist. Man konnte die Beweggründe nicht, sah die fraglos großen außenpolitischen und organischen Vorteile der Verknüpfung französischer Verbraucher mit deutschen Produzenten, sah schließlich, daß das Ganze ein glänzendes Privatgeschäft war — und verstand. Die rechte, politische Hand durfte nicht wissen, was die linke geschäftliche tat. So hatte man die Erklärung.

Und mit der Erklärung kam die Erkenntnis der unglaublichen moralischen Haltlosigkeit, die gerade in solchen Krisen die Politik beherrscht, von denen man es am allerwenigsten erwarten dürfte. Kein Hinweis auf volkswirtschaftliche oder zugehörliche Vorteile täuscht über den schreienden Widerspruch zwischen politischen Worten und geschäftlichen Taten hinweg. Die Vorkämpfer der Erfüllungspolitik wurden mit Schmutz und Schande beladen, eine Meute wildgesehener Nationalisten wurde gegen sie gehetzt: die Erfüllung des Friedensvertrages als Politik war von den Stimmlosen geächtet, die Erfüllung als Geschäft gilt für einen Dienst am Vaterlande. Kapitalistische Moral!

Vielleicht kann die öffentliche Kritik noch manche der schwersten Bedenken gegen den Vertrag beseitigen — es ist unwahrscheinlich, daß man es darüber auf einen Konflikt antommen läßt, der den ganzen Nutzen dieser Abmachungen, die Entgiftung der Atmosphäre zwischen Deutschland und Frankreich, junichte macht. Der Vertrag ist unterschrieben, bringt sogar Vorteile für die Kohlenversorgung der am Wiederaufbau beteiligten Industrieunternehmungen, er entfaltet die Behandlung der Sachverhalte an Frankreich von politischen Auseinandersetzungen, wofür er erst einmal Geltung erhalten hat. Aber er bleibt ein Geschäft, das nicht nur mit dem Fluge kapitalistischer Eigenliebe, sondern auch mit dem Brandmal der Unwahrscheinlichkeit gezeichnet ist.

### Hilfsaktion für Oesterreich.

Wien, 7. Septbr.

Nach übereinstimmenden Meldungen scheint man jetzt in Ententezirkeln entschlossen zu sein, eine Hilfsaktion für Oesterreich durchzuführen. Die unter der Bedingung gegeben wird, daß man in Oesterreich das bisher innerpolitische System beibehält und eine Kontrolle einführt. Es wird sich allem Anschein nach um eine zweifache Kontrolle handeln, um eine finanzielle und eine militärische Kontrolle. Letztere soll durch eine internationale Genzarmerie ausgeübt werden, um Oesterreich vor inneren Unruhen zu bewahren.

### Die Niederlage der Griechen.

In Kleinasien spielt sich augenblicklich die Liquidation des Weltkrieges in einer besonderen Art ab. Die Türkei steht seit 1914 im Krieg. Der Friede von Sevres, in dem die Siegerstaaten das türkische Reich unter sich aufteilten, sollte einen Prozeß vollenden, der bereits im vorigen Jahrhundert begonnen hatte. Bis zum Beginn des Weltkrieges war das Osmanenreich aus Europa verdrängt worden. Sevres sollte der Türkei überhaupt ein Ende machen. Man fand eine schwache Regierung vor, die des Todesurteils untergeordnet, aber fern von Konstantinopel, in Angora, sammelte sich unter Kemal Pascha eine Opposition, die den Krieg weiterführte, um diesen „Frieden“ zu verhindern. Griechenland, dem im Frieden von Sevres das Gebiet von

Smirna zugesprochen wurde, erhielt den Auftrag, die kemalistische Opposition niederzuschlagen. Es folgte jener jahrelange Kampf ein, der bei weitem den Erfolg zu keinem Ende kommen konnte.

Wenn sich jetzt das Kriegsglück endgültig auf die Seite der Türken wenden zu wollen scheint, so ist nicht zum geringsten Teil die Unmöglichkeit der Entente daran schuld. Nachdem der ersten Niederlage der Griechen bei Nisim-Karabissar eine zweite ebenso schwere im Norden gefolgt ist, hat es den Anschein, als werde das ganze von den Griechen im vorigen Jahre begonnene Unternehmen in Asien mit einem völligen Zusammenbruch endigen. Ob es richtig ist, daß die Türken schon Brussa erobert haben, wie Türken und Franzosen berichten, mag ebenso dahingestellt bleiben wie die andere Nachricht von dieser Seite, daß die Spitzen der türkischen Armee schon vor Demisch, 60 Kilometer östlich von Smirna entfernt, stehen. Beides ist möglich, denn das griechische Heer ist offenbar so furchtbar ermüdet und niedergedrückt, daß es gar keinen Widerstand mehr leistet, sondern in unauflösbarem Rückzuge nach Smirna eilt, wo denn natürlich unter dem Eindruck der Nachrichten, unter dem Zusammenströmen eines aufgelösten, aller Disziplin entbehrenden Heeres Zehntausende von Flüchtlingen, Verwundeten und Kranken und denn nachdrängen eines den Griechen verhassten und gefürchteten siegreichen Feindes bald fürchterliche Zustände eintreten können. Es ist möglich, daß hieraus sich noch viel schwerere Folgen entwickeln, als aus der Niederlage selbst.

Auf die Einzelheiten der griechischen Niederlage, die Zahlen der verlorenen Soldaten und die Verluste an Kriegsgerät kommt es aber nicht mehr an. Die Lage wird vollkommen deutlich durch die Erklärung besetzt, daß Griechenland die Behauptung von Kleinasien für unmöglich hält, daß es bereit ist, das zu tun, was es bisher immer abgelehnt hat, nämlich Asien zu räumen und daß es um einen Waffenstillstand eruchet, um die Räumung in Ruhe durchzuführen zu können. England bemüht sich, einen solchen Waffenstillstand möglichst rasch zustande zu bringen und ist darüber in Verhandlungen mit Frankreich und Italien getreten. Diese beiden Mächte haben es allerdings nicht so eilig. Besonders Frankreich sucht die Sache zu verschleppen und stellt sich auf den Standpunkt, die Frage des Waffenstillstandes sei eine Sache, die eigentlich nur die beiden Kriegführenden selbst angehe. Frankreich will offenbar den Türken Zeit lassen, die griechische Armee völlig zu vernichten, während England das entgegengelegte Interesse hat. In diesem Falle aber ist Englands Bestreben, das weitere Gelingen und unabsehbarer Zerstückelung ein Ende zu machen sucht, dasjenige, welches den Interessen der Menschlichkeit entspricht. Daß auch in diesem Punkte der Gegensatz der beiden Mächte sich furchtbar bemerkbar macht, ist kennzeichnend für die Lage der Welt.

W.B. Athen, 6. September.

Den Mächten zufolge sind der ehemalige türkische Bürgermeister von Smirna und sechs bekannte türkische Persönlichkeiten unter der Auflage, eine blutige Selbstreinigung vorzunehmen, zu haben, so haben sie einen und nach Athen gebracht worden. Sie sollen in Verbindung mit den kemalistischen Streitkräften gefangen haben, die ihnen Waffen und Munition geliefert hätten.

W.B. Amsterdam, 7. September.

Aus London wird gemeldet: Die letzten Nachrichten, die in London aus Kleinasien eingetroffen sind, deuten an, daß sich die griechische Armee wieder teilweise von der Demoralisation erholt hat. Die Griechen haben eine neue befestigte Linie eingenommen, die 80 Meilen von Smirna entfernt liegt.

W.B. Rom, 7. September.

In Kreisen der römischen Konsulate befindet man, daß die englische Diplomatie mit der vollständigen Räumung Kleinasiens rechnen. Man befürchtet einen Gegenstoß Griechenlands auf dem Festlande gegen Konstantinopel.

### Die Valutaberechnung und ihre Folgen.

Unberechtigte Steigerung inländischer Erzeugnisse. — Zwangswirtschaft für Zeitungsdruckpapier. — Verringerung des Außenhandels.

Der Reichstagsausschuß für Volkswirtschaft begann am Mittwoch seine Besprechungen über die wirtschaftliche Lage Deutschlands. Die Beratungen wurden durch eine ausserordentliche Rede des Reichswirtschaftsministers Schmidt eingeleitet. Schmidt verwies u. a. darauf, daß die Arbeitslosigkeit augenblicklich so gering sei, wie kaum jemals zuvor, daß sogar in einigen Bezirken, so z. B. im Bergbau, ein Mangel an Arbeitkräften bestehe. Nach Erläuterung der allgemeinen Verhältnisse in unserem Wirtschaftsleben wandte sich der Reichswirtschaftsminister gegen die immer mehr überhand nehmende Fiktionalisierung in ausländischer Valuta, auch bei Erzeugnissen aus rein inländischen Rohstoffen. Diese Fiktionalisierung sei eine Folge des enormen Fallens der Mark, durch die der Groß- und Klein-

handel sich veranlaßt sehen, sich mit Devisen einzudecken. Es vollziehe sich also ein ähnlicher Vorgang wie in Oesterreich, der dort zu vollständigen Zerrüttung der Währung geführt habe. Sollte es dahin kommen, daß auch Löhne und Gehälter in ausländischer Währung festgelegt würden, so ergäbe sich ein Zustand geradezu fürchterlicher Art, der zu ganz unvorstellbaren Zuständen führen müßte. Es sei zweifellos unberechtigt, wenn inländische Erzeugnisse im Preise mit dem Dollar steigen. So wäre z. B. der Weizenpreis an der Berliner Börse in der Zeit von acht Wochen um rund über 2000 Mark gestiegen. Ebenfalls sei das Steigen der Preise für Kartoffeln, Butter und Milch berechtigt. Dasselbe Erscheinung zeige sich in der Industrie. Gießerei-Eisen sei um das 22fache, andere Sorten um das 362fache gestiegen, also über den Stand des Dollars hinaus. Dabei sei eine neue Steigerung wegen Erhöhung der Kohlenpreise in Aussicht. Der Nahrungspreis habe im Juni 84 Mark betragen, am 7. August 124 Mark, am 21. August 171 Mark, jetzt 295 Mark — ungefähr das Tausendfache des Friedenspreises, während der Baumwollpreis nur auf das 600- bis 700fache hinaufgegangen sei. In diesem Zusammenhang erklärte der Reichswirtschaftsminister, daß er den zuständigen Ressorts seines Ministeriums Auftrag gegeben habe, zu prüfen, ob gegen das Nahrungssyndikat nicht wegen Wuchers vorgegangen sei.

Eingehend beschäftigte sich Schmidt dann mit der Gefahr der weiteren Verteuerung des Druckpapiers. Der Markpreis würde von 28 auf etwa 84 Mark erhöht werden, jedoch ein großer Teil der Zeitungen habe das Erhöhen einstellen müsse. Schon heute hätten viele Schichten der Bürger- und der Arbeiterkreise die Zeitungen abbestellt. Die Lage werde noch dadurch verschlimmert, daß die Papierfabrikanten ihre Zahlungsbedingungen ganz wesentlich verschärft hätten. Angehts dieser Mißstände drängte sich die Frage auf, ob nicht im Interesse der Preise für das Druckpapier eine teilweise oder vollständige Zwangswirtschaft wieder eingeführt werden soll. Zur Behebung der Not der Presse heißt Genosse Schmidt keinen anderen Ausweg, als die Bildung eines Zwangssyndikats.

Der deutsche Außenhandel, so fuhr der Minister fort, ist in den ersten sechs Monaten dieses Jahres gegenüber der gleichen Zeit im Jahre 1914 sehr erheblich zurückgegangen; die Einfuhr etwa die Hälfte, die Ausfuhr auf ein Drittel. Die Entwicklung auf dem Kohlenmarkt hat die schlimmsten Befürchtungen übertraffen. Wenn es nicht gelingt, zu einer höheren Kohlenförderung zu kommen, steht insbesondere die Arbeiterschaft vor entsetzlichen Folgen. Diese Verhältnisse können nur behoben werden, wenn wir im Bergbau zu größeren Leistungen kommen, sei es technisch, sei es durch größere Heberfähigkeiten. Die Kohlenlage ist für die ganze Wirtschaft verzerrend, wenn in der Arbeiterschaft nicht mehr Verständnis wie bisher für die Notlage Platz greift und die unvernünftige und unverständliche Agitation der Kommunisten nicht aufhört. Ohne die Weiterzeugung der Braunkohle ist unsere Lage noch schlimmer. — Zum Schluß betonte der Minister nochmals, daß Erfolge auf dem Gebiete der Preisbildung nur zu erzielen sind, wenn wir neben den zu ergreifenden Maßnahmen zu einer Besserung unserer Währung kommen.

Gegen die Schlemmersteuer. Im Arbeitgeberverband des Gastwirtsgewerbes von Groß-Berlin wurde einstimmig die Ansicht vertreten, daß die von der Reichsregierung vorgeschlagene Verordnung nicht den beabsichtigten Zweck erreichen werde und in der Praxis nicht ausführbar ist. Der Verband wird vor den äußersten Konsequenzen nicht zurückschrecken, so daß auch die restlose Schließung aller Gaststätten und Hotels in den Bereich der Abwehrmaßnahmen zu stellen ist.

Minuten-Tarif. Einen „Minuten-Tarif“ hat nach der Präf. Sta. der Pfälzische Schuhmacher-Landesverband geschaffen. Für kleine Ausbesserungen sollen in Zukunft bei Sonderberechnung des Materials, 1,50 M. für die Arbeitsminute berechnet werden.

300 000 M. Versicherungsgrenze. Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstags setzte die Höchstgrenze der Krankensicherung, der Unfallversicherung und der Unfallversicherung auf 300 000 Mark fest. Die Regierungsvorlage hatte nur 200 000 Mark vorgezogen.

Dyker des roten Jarismen. Reuter meldet aus Riga, daß Limofejew, einer der kürzlich zum Tode verurteilten sozialrevolutionären Führer, sich in seinem Gefängnis erhängt hat. Limofejew ist 36 Jahre alt, von Beruf Journalist, wurde schon von den zaristischen Gerichten zweimal zu langen Zuchthausstrafen verurteilt, von denen er zwölf Jahre verbüßte. Nach einer „Times“-Meldung aus Riga sollen der Metropolit Bejamins und seine Gefährten, die im Juli von einem revolutionären Gerichtshof zum Tode verurteilt wurden, am 10. August in Petersburg erschossen worden sein.

Beamtenforderungen in Polen. Die Beamten der Post-Telegraph- und Eisenbahnverwaltung forderten angesichts der Forderung eine einmalige Zulage von 150 000 bis 300 000 Mark je nach dem Familienstande. Der Ministerrat wird am Montag über diese Forderungen beraten. Im Falle der Nichterfüllung kündigen die Beamten und Angestellten einen Streik an.

### Der Sprung in die Welt.

Ein Jung-Arbeiter-Roman von Fritz Zidler.

1. Fortsetzung.

(Stadtrand verboten.)

III.

Am Samstagmorgen wachte das junge Gemüt des Frühlings. In den Stadtergärten wipelten hunte Frühlingsvögel. Hans und Rudi hockten auf einem Baum und Hans las aus dem Almanach vor, einen Ruch, das beide heftiger interessiert als der große Kutschmann des Pfarrers Schneider. Andrew Carnegie, der es, ein Ausländer wie sie, zum amerikanischen Staatsbürger geworden war, wurde ihr leuchtendes Vorbild, die Bestrebungen ihrer Hoffnungen und Sehnsüchte, und sie zwirkelten nicht daran, daß ihre Lebensjahre und ihr Rogennat ausreichen würden, das gleiche Ziel zu erreichen.

Wir müssen Kampflente werden, Rudi, und feste lernen. Es wird ein paar Jahre dauern, aber wir klünnen doch noch oben. Wenn wir ausgemein haben, gehen wir in fremde Länder. Wir haben alles an, wie es kommt, und können es. Wir müssen hart lernen. Energie haben, dann kann nichts über gehen. Wenn wir dem unsere eigenen Gedanken haben, können wir nach Hause und helfen die Eltern. Wir sagen zu ihnen: „Es ist alles allright“ und hüpfen sie mit, natürlich im Auto. Und alle aus der Bande, die zu uns gehören haben, kriegen Kopfen in unseren Werken; sie müssen dort natürlich richtig arbeiten, aber wir werden sie sehr anständig bezahlen. Wenn wir aus der Höhe sind, werden wir einheimisch, aber wir kriegen Mädchen, und wenn sie hübsch sind. Unsere Eltern bekommen ein Haus auf dem Lande, und Conings können wir mit unseren Frauen und Kindern zu Hause bringen. Sie werden dann sagen: „Ist ja gar große Sache, wenn man gemein wird und wir hätten nicht gedacht, daß ihr euch so weit ausmacht — jetzt aber sind wir hier, auf euch!“ Was denkt da darüber?

Rudi schweigete. Natürlich — aber es wird länger dauern. Du meinst doch, daß die Gelds in die Kassen gehen können. Du kriegst Max Geld, der ist auch noch gekommen, weil dort eine Frau gefunden. Er hat keine Mutter, die ihre Kassen nicht hat, und keine Schwester mitgenommen. Rudi einem Jahre ist er an Vater gekommen, und die beiden sind heimlich wiedergekommen. Ich habe die alle Geld vor acht Tagen gegeben und sie werden, was sollte im Grunde bleiben und sie nicht kriegen. — Wenn sie der erwache, der ihren Weg die Höhe

in den Kopf gesetzt habe, würde sie ihm ins Gesicht. Das braucht uns nicht zu hindern, reich zu werden, doch ich denke, man muß sich alles rechtlich überlegen. Wir brauchen jedenfalls nicht in der heißen Zone anzufangen, an die man sich so schwer gewöhnt.“

„Dabei wollen wir uns jetzt den Kopf nicht zerbrechen“, sagte Hans, die Hauptfrage ist, die Eltern herumzuführen, daß sie aus Kassen werden lassen. Mein Vater ist kein großer Freund davon. Was sagen deine Eltern dazu?“

„Mein Vater kümmert sich nicht viel darum, meine Mutter läßt es ganz gehen, wenn ich etwas Neues werde und nicht immer nach mir frage, wie mein Vater, der es beim Düngeppend nur ausstellt, weil er vom Lande ist.“

IV.

Die Unfälle der Gemeindegasse war richtig geschmückt. Durch die hochgelegenen Fenster fiel das Frühlingslicht in goldenen Strahlen. Ein Harmonium präladierte, der Gesang des Kirchenorgans klang jubelndem Answeg ins Freie. Mutter und Vater saßen wie üblich unter dem sonnigsten gelbeiten Angehörigen der Konsumanten, die den Frühlingsland der Halle füllten. Sie meinte immer bei jeder solchen Zeit. In Vordergrund lag die Jugend, deren Eintritt in das „Land des Lebens“ heute so feststand war, heiß und heftig, es waren, ungenohnten Rückern. Der Direktor der Schule hielt eine Ansprache; er war ein dicker, wenig befehlter Mann, und die räterische Güte, die er in jeder Stimme zu legen verstand, klang erzwungen, aber das merkte die Wesigen.

Gesang beendete die Feier, die Lehrer füllten sich an den Ausgang und gaben jeden ihrer bisherigen Schüler zum Abschied die Hand. Draußen klopfen Sonnenstrahlen über den Schulhof. Mutter und Vater saßen nun die letzten Tümpel vom Gesicht und lächelte Hans, denn ganz wie immer und ruhig neben ihm her. „Sagst du mir, Hans, was der Direktor auch zum Abschied gesagt hat, werde ein braver Mensch. Deine Jugend ist nicht bezaubert sein können und keine Eltern sind arme Leute, aber Schönders hat da nicht bei uns gesehen. Du bist gesund und glücklich und die Jungensjahre sind jetzt für dich vorbei. Unser Leben ist schön, und wir haben noch beide jüngerer Geschwister, denn es nur ein Beispiel kein magst.“ Jetzt lächelte sie hehen, weil sie schon wieder weinen wollte.

Da sah Hans seinen Vater über die Straßenbarriere herüberkommen, der hagere Mann zeigte kein helles Gesicht. „Na — hat es der Herr Gott geschickt! Jetzt wollen wir zu einer Kaffeestube gehen und etwas essen.“

Der Aushänt des Volkswetens war fast leer. Ondreders Vater wählte einen Tisch am Fenster und holte drei Töpfe Kaffee und einen Teller in Streifen geschnittenen Kuchen heran. Die Mutter sah am wenigsten, sie war noch blaß und bewegt. Der Vater erzählte ein heiteres Erlebnis aus der Werkstatt, heute vergnügt und starr sah den kleinen, blonden Schmarbart. „Jetzt müssen wir uns auch darum kümmern, was aus Hans werden soll“, sagte die Mutter, „damit er nicht ins Bummeln kommt. Er will Kaufmann werden.“

Der Vater wurde ernst, sogar ein wenig ärgerlich. „Ich kann die Streiktagenproletarier nicht leiden, das sind alles düstelhafte Hungerleider. Sie werden schließlich bezahlt als die Handarbeiter, und es kann mir einer sagen, was er will, ein Handwerker bleibt ein Handwerker.“ Hans wollte ihm in die Rede fallen, aber er fuhr fort: „Ich weiß, was du sagen willst, du hast altherne Bücher im Kopf, und was ich aus Erfahrung beurteilen kann, zählt bei dir nichts. Ich weiß auch, daß du deinen Willen durchsetzen wirst, aber wenn der Zeitpunkt gekommen sein wird, wo du die Nase voll hast, werden wir weiter darüber reden. Dazu ist ein Vater schließlich da, daß er die Klassen seiner Kinder noch ein Weilchen ausweicht; ich will dir den Spaß nicht von vornherein verderben, weil es der meine nicht ist. Deine Mutter hat du ja auf deiner Seite, der kann der Herr Sohn nicht sein genug sein — daß auf dem Vater kein Weisen blüht, ist auch nicht einzusehen. Was heißt denn Kaufmann? Ein Kaufmann wirkt du nie, weil das Geld gehört, das mit nicht haben, und für einen Tantenfali würde ich mich an deiner Stelle bedanken. Ich sehe es doch an den Schreibern bei uns in der Bande, sie tragen Gummiwäpfe, aber in der zweiten Hälfte des Monats trallen sie sich kalte Gurken aufs trodene Brot. Wenn ein Kaufmann stellungslos wird, kann er sich aufhängen; denn das Arbeiten hat er inzwischen verlernt und von küberen Fingerringeln kann man nicht leben.“

Die Mutter sah hilflos aus. Hans jedoch ließ sich nicht beirren. „Es sind schon viele als Kaufleute etwas geworden, weil sie das Zeug dazu hatten, auch ohne Geld. An einem Handwerk muß man ebensoviele lernen, und da sind die Auslichten, schließlich zu werden, viel geringer. Mir kommt es nicht auf den Streiktagen an, sondern auf den Beruf, der mir gefällt, weil ich glaube, daß ich in ihm etwas Besonderes zumege bringe. Wenn du sagst, daß du mir nicht mehr erhalten kannst, muß ich mir zweifeln Lohnarbeit suchen, wenn ich aber etwas lernen soll, laßst du mir auch meinen Willen lassen.“

(Fortsetzung folgt.)

# Entwicklung der Genossenschaften.

Um die arbeitenden Massen zu befreien, bedarf das Genossenschaftssystem der Entwicklung auf nationaler Stufenleiter und folglich der Förderung durch nationale Mittel. Karl Marx.

Einem Artikel des Genossen Franz Feuerstein entnehmen wir folgende beachtenswerte Momente:  
Die durch die neuerliche Geldentwertung ins Ungeheure gesteigerte Not des Volkes stellt auch an die Konsumgenossenschaften neue Anforderungen, steigert ihre Aufgaben. Einordnungsgründe kommt ins öffentliche Bewusstsein, daß sie die wesentliche Grundlage nicht nur einer künftigen Volkswirtschaft bilden, sondern daß sie schon gegenwärtig zur Grundlage nicht nur öffentlicher Ernährungs- und Preispolitik gemacht werden müssen, welche den auf Gehalt, Lohn und Kleinrente angewiesenen Verbrauchergruppen ein Existenzminimum sichert, das die physischen Kräfte ebenso wie das seelische Gleichgewicht erhält. Denn ohne beides droht das politische und nationale Chaos.

Erfreulicherweise zeigen auch einige Anträge zum Augsburger Parteitag diese Erkenntnis, und man kann nur die Erwartung aussprechen, daß dieselben auch zu Entschlüssen führen, die durch die Parlamentspolitik praktische Auswirkung finden können.

Die Aufgaben, die den Konsumgenossenschaften bei der Volksernährung und -bekleidung im Umfange der Versorgung und in der Preisgestaltung zufallen, brauchen nicht weiter umfrieben zu werden — die Not ist ein harter Griffel. Auch Methode und System bedürfen keiner Erläuterung. Beides ist im gemeinsamen wirtschaftlichen Wesen der Genossenschaften begründet, welches heute schon Gemeingut von Millionen deutscher, Übermillionen internationaler Volksgenossen geworden ist.

Das wesentlichste zur Erfüllung jener Aufgaben sind die Mittel, materielle, finanzielle Mittel, die unumgänglich notwendig sind, wenn die Genossenschaften in umfassender Weise die gemeinwirtschaftliche Warenversorgung übernehmen und der entscheidende preisbildende und kontrollierende Faktor in der Volkswirtschaft von heute und später werden sollen. Dabei ist natürlich nicht zu unterschätzen, was die deutsche Genossenschaftsbewegung schon bei ihrem gegenwärtigen Stande tatsächlich auf dem Gebiete der Warenversorgung leistet und auf dem der Preisbildung verhängt, wo immer sie ihre Tätigkeit ausübt. Erinnert sei nur an die 18 großindustriellen Genossenschaftsbetriebe der Großhandels- und Großverbraucher Konsumvereine, welche fast ausschließlich in Nord- und Mitteldeutschland domizilierend, eigene Erzeugnisse im heutigen Jahreswerte von mindestens einer halben Milliarde herstellen.

Neben der Großhandels- und Großverbraucher Konsumvereine betreiben die größeren deutschen Konsumvereine Produktionsbetriebe für den eigenen Bedarf, die im Jahre 1921 für eine halbe Milliarde Mark Warenwerte erzeugten — 1922 dürften es infolge Mehrleistung und Preissteigerung durch Geldentwertung 1½ bis 2 Milliarden sein — und die örtliche Preisbildung ebenfalls bestimmend beeinflussen.

Die Bedeutung dieser Tatsache, der örtlichen und zentralen Eigenproduktion, ist praktisch und grundlegend um so höher zu bewerten, als es vorläufig und noch das einzige Mittel ist, um der Monopolisierung des Warenmarktes durch die Kartelle der Privatindustrie und des Großhandels zum Zwecke der ungeheuren Preisdiktatur (lies: Wucher!) wenigstens auf all den Gebieten mit praktischem Erfolg entgegenzuwirken, auf denen die genossenschaftliche Produktion heute schon tätig ist. Im übrigen ist ja leider zu sagen, daß die kartellierte Privatindustrie der Industrie und des Großhandels sich in dieser Zeit des Großwuchers, der sich auch die Geldentwertung zur Deckung seiner unumgänglich wachsenden in schamloser Weise zunimmt, mit aller Energie anstrengt, die Großhandels- und Großverbraucher Konsumvereine von der Belieferung all der Waren aus-

zuschließen, die von der Privatindustrie hergestellt werden. Hier wird schon in hohem Maße ein gesetzgeberisches Eingreifen notwendig werden, wenn nicht die genossenschaftlichen Verbraucherorganisationen zum schwereren Nachteil der allgemeinen Volksgenossenschaft von der Warenversorgung einer Reihe lebensnotwendiger Dinge ausgeschaltet werden sollen.

Damit sind wir auch schon bei der Frage der Entwicklung der Genossenschaften „auf nationaler Stufenleiter und folglich der Förderung durch nationale Mittel“ angelangt.

Die Konsumvereine sollen Erziehungswirtschaft im höchsten Maße betreiben, und die gleiche Veranlassung, die dazu zwingt, schlägt ihr die Mittel aus der Hand: das Betriebskapital der Konsumvereine ist trotz einer Steigerung von früheren 30 Goldmark auf heute 1000 Papiermark durch die neuerliche Geldentwertung viel zu klein geworden. Das Betriebskapital ist auf ein Zehntel des früheren Rechnungswertes und noch weit weniger herabgesunken, da bis heute nur die wenigsten Konsumvereine den Geschäftsanteil auf 1000 Mk. festsetzen und dieser noch nicht einmal voll einbezahlt ist. Die verantwortliche Leitung des Zentralverbandes und die Revisionenverbände der deutschen Konsumvereine setzen alle Energie daran, um die einmal erkannte Gefahr des Zusammenbruchs zu bannen. Und man muß wünschen und kann hoffen, daß es ihnen gelingt, den Dollarkrampf auf ihre Existenz zu beschwören.

Aber darüber hinaus bleibt die Marsche These bestehen. Und sie gewinnt unter den heutigen Verhältnissen praktische Bedeutung. Nicht nur, um die Arbeiterchaft im engeren Wortsinne zu befreien, sondern um die auf Gehalt, Lohn und Kleinrente angewiesenen Verbrauchergruppen vor größter Not und gleichzeitiger Bewucherung zu bewahren oder zu retten, bedürfen die Konsumvereine „der Entwicklung auf nationaler Stufenleiter und folglich der Förderung durch nationale Mittel!“

Hierbei wirft sich vor allem die Frage der Staatskredite auf, um der Gemeinwirtschaft in der Volksernährung und -bekleidung durch das System der genossenschaftlich organisierten Selbsthilfe eine breite Grundlage der Entwicklung zu geben. Und wenn auch der diesjährige Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine Staatskredite grundsätzlich ablehnt und nun neuen den Grundgedanken der Selbsthilfe wie die Pioniere von Rochdale proklamieren, so doch nur unter der Voraussetzung, daß Staatskredite das Ende der genossenschaftlichen Selbstständigkeit und aller moralischen und materiellen Sympdomerabilitäten seien, welche den wirtschaftlichen und sittlichen Gehalt des Genossenschaftswesens bedeuten. Dabei wurde aber als selbstverständlich anerkannt, daß vorübergehende zinspflichtige Staats- und Kommunalcredite durchaus nicht gegen den Grundgedanken der Selbsthilfe verstoßen. Und dies ist das Wesentliche. Die Selbstständigkeit und die Entwicklungsfähigkeit der Genossenschaften müssen unangetastet bleiben.

Eine staatliche Förderung haben übrigens die deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, auch auf finanziellem Gebiete, schon seit Jahrzehnten in den einzelnen Ländern erfahren, ohne auch nur im geringsten an ihrer selbständigen Entwicklung etwas einzubüßen.

Genosse Feuerstein beleuchtet diese staatliche Förderung an einem Beispiele der italienischen Genossenschaftsbewegung, wo neben der Zentrale ein vom Staate kräftig unterstütztes genossenschaftliches Finanzinstitut steht, mit der besonderen Aufgabe, die ganze italienische Genossenschaftsbewegung zu finanzieren. Und so wurde aus der kapitalschwächsten Genossenschaftsbewegung des Kontinents die kapitalstärkste, finanziell beweglichste, weil das Finanzinstitut nicht nur einem Zweige, sondern der Gesamtheit der Genossenschaftsbewegung zu dienen hat.

Die Zeit ist da, wo auch in Deutschland durch nationale Mittel die Entwicklung der Genossenschaften „auf nationaler Stufenleiter notwendig zu fördern ist.“

# Der DHB ein Geheimbund?

Das „Hamburger Echo“ veröffentlicht Statuten und Abschnitte zweier innerhalb des Deutschen Handlungsgewerksverbandes bestehender reaktionärer Geheimorganisationen, des Bundes der Unbedingten, und des Ringes der Getreuen. Diese Geheimbünde scheinen nach dem beigefügten Material die eigentliche Führung des DHB darzustellen. Die Zeitschrift des Ringes der Getreuen führt denn auch den Titel Führerbriefe.

Der DHB ist an sich stark verdächtig, ein reaktionärer Geheimbund zu sein. Unfähig des Rapp-Rußches hat der Vorstand an sämtliche Ortsgruppen folgendes Telegramm geschickt: „Verband enthält sich jeden politischen Streiks, muß neutral bleiben. Rücksprache Berliner Vertretung mit Rapp sichert unbedingte Angehörigeninteressen.“

Dieser offenen Parteinarbeit für Rapp hat der DHB, wenige Monate später streng vertrauliche Richtlinien zum Kampf gegen etwaige künftige Generalkämpfe folgen lassen. Diese Richtlinien weisen an, möglichst sofort die ganze Lebensmittelversorgung der Städte ins Stoden zu bringen und die Arbeit in den Lohndruckereien, in der Expedition und in der Kasse aller Unternehmungen, namentlich in den Industriebetrieben und im Bergbau, so zu sabotieren, daß sich niemand mehr darin zurechtfindet. Wenn zu diesen offenen reaktionären Unternehmungen jetzt noch reaktionäre Geheimbünde innerhalb des DHB hinzukommen, dann dürfte diese Organisation reich für das Gesek zum Schutze der Republik sein.

# Volkswirtschaft

## Die Anarchie des Marktes.

Der Sturz der Marktwirtschaft ist von einer rasenden Aufwärtsbewegung aller Preise begleitet gewesen. Ziemlich allgemein hat sich dabei das Prinzip der Preisbeeinflussung nach den Wiederanschaffungskosten durchgesetzt. Schon seit langem mußte trotz der entgegengesetzten Auffassung der Wuchergerichte dieser in unruher auf Erhaltung des Kapitals basierenden Wirtschaftsjahresform notwendige Grundlag als berechtigt anerkannt werden. Hätte man das früher allgemein eingesehen, so hätten wir jetzt nicht diese anarchohysterischen Marktsituationen, bei denen sich vielfach der Wucher kaum mehr von dem berechtigten Anschaffungspreise unterscheiden läßt.

Wenn man den schweren Vorwurf des Wuchers ausspricht, muß man sich also in Acht nehmen. Heute aber ist es zweifellos, daß viele Fälle echten Wuchers vorkommen: ohne genaue Kalkulation, ohne Rücksicht selbst auf den Tagespreis für die Wiederanschaffung werden manche Warenpreise festgelegt. Man lebt im Taumel der großen Zahlen. Die Überlegenheit der Verkäufer gegenüber den Käufern ist größer denn je. Bei stets verändernden Preisen fehlt Ueberlichkeit und Vergleichsmöglichkeit. Wo sich diese aber bieten wie auf den Wochenmärkten, da entstehen die außerordentlichen Unterschiede des Angebots die Wert der Käufer: Neuföln und Eberswalde können davon erzählen. Es ist die Willkür der Preisgeberung, die die Verbraucher erbittert! Als der Dollar stieg, war es bis zu gewissem Grade berechtigt, die Ware nach dem Anteil des in ihr enthaltenen ausländischen Rohstoffes in Mark verhältnismäßig teurer zu verkaufen. Das geschah. Nun aber, da der Dollar wieder gefallen ist, merkt man nichts von freiwilliger „Anpassung an den Dentsenstand“. Dabei werden die Wiederanschaffungskosten durch das Fallen des Dollars nicht weniger berührt als durch sein Steigen. Nur durch den Druck der Regierung konnte die Margarineindustrie dazu bewegt werden, den Margarinepreis wieder zu ermäßigen. In stärkstem Maße und am wenigsten bemerkbar am Kalkulation und Verbraucherorgan kamieren die Kartelle und Syndikate mit der Preismaschine. Bei ihnen, bei den Urproduzenten, beginnt zum großen Teile die wilde Plut. Es gibt im Reichswirtschaftsministerium zwar eine Kontrollaufsichtsstelle, die hier wohl nachprüfen und durch Informierung der breiten Öffentlichkeit manche Uebertreibungen hemmen könnte, aber man hört von ihrer Existenz leider nie etwas außer in der Statrede zu ihrem Reffort.

Wenn man von den Konjunktur Ruhe und keine vor schnelle Verteilung erwarten darf, so muß man von Industrie und Handel Verharmung eines die Notlage ausnützenden wucherischen Gewinnes und strengste Gewissenhaftigkeit in der Preisbestimmung verlangen. (Hff. 316.)

## Zwischen der deutschen und französischen Kali-Industrie

haben Verhandlungen stattgefunden, die, wie der „Soz. Parlamentarier“ zuverlässig hört, zum Abschluß gekommen sind. Der Zweck des Abkommens ist die Beseitigung der Konkurrenz zwischen der deutschen und der französischen Kali-Industrie, insbesondere auf dem deutschen Markt, wo sich bisher diese beiden Gruppen in scharfer Konkurrenz gegenüberstanden haben. Für die deutsche Volkswirtschaft ist das Abkommen insofern von Bedeutung, als durch diese Verständigung das frühere deutsche Kali-Monopol, das durch die Abtretung des Elfaß durchbrochen war, in der Form der deutsch-französischen Kali-Interessengemeinschaft wieder hergestellt ist.

## Butterauktion.

Hamburg, 6. September.

Auf der Versteigerung der Meiereiverbände von Schleswig-Holstein waren die Zufuhren etwas reichlicher als in der Vorwoche, genügten aber nicht der wiederum sehr regen Nachfrage. Die Folge davon war, daß die hohen Preise der Vorwoche sich behaupten konnten. Es wurden bezahlt 227 bis 231 Mark das Pfund, gegen 228 bis 230,45 Mark in der Vorwoche.

## Devisen-Kurse.

Berlin, 7. September.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.			
	6. Septbr.	5. Septbr.	
Amsterdam	100 fl.	49438.10	56429.85
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	9388.25	10561.75
Kristiania	100 Kr.	21028.65	23970.—
Kopenhagen	100 Kr.	27180.05	30961.25
Stockholm	100 Kr.	33558.—	38152.25
Helsingfors	100 finn. Mk.	2846.40	3176.—
Rom	100 Lire	5518.05	6242.15
London	1 £	5642.90	6516.50
New York	1 Doll.	1248.43	1423.21
Paris	100 Frs.	10037.40	11136.65
Zürich	100 Frs.	28970.—	27215.90
Madrid	100 Pesetas	19425.65	22071.25
Wien	100 K.	1.73	1.88
Prag	100 K.	4544.30	5118.55
Budapest	100 K.	51.93	62.92

Verantwortlich für Politik, Volkswirtschaft und Feuilleton i. B.: Hermann Bauer; für den übrigen Teil: August Schulz; für Inserate: Heinrich Steinberg, Verleger; Heinrich Steinberg, Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

# Der Einzelhandel und die Preisgestaltung.

Aus dem Reichswirtschaftsministerium wird uns geschrieben: Die überaus schwierige Lage des Einzelhandels, der unter der Herrschaft der Ueberpreise seine Waren zu Preisen abgeben muß, die häufig um ein Vielfaches hinter den gegenwärtigen Tagespreisen zurückbleiben, hatte die Führer des Einzelhandels veranlaßt, persönlich bei dem Reichswirtschaftsminister vorstellig zu werden und die Frage vorzulegen, was die Reichsregierung zu tun gedenke, um weiteren Verlusten des Betriebskapitals, die zur Einstellung der Betriebe und damit zur Verschärfung der Versorgungsschwierigkeiten führen müßten, vorzubeugen. Insbesondere wurde darauf hingewiesen, daß Großhandel und Industrie in steigendem Maße dazu übergegangen seien, im Auslands währung zu fakturieren, sodas der Einzelhandel gar nicht anders könne, als den Wiederbeschaffungspreis, als welcher der Tagespreis anzusehen sei, seinem Verkaufspreise zugrunde zu legen.

Der Reichswirtschaftsminister gab durchaus die schwierige Lage, mit der der Einzelhandel zu kämpfen hat, zu. Man beschuldige durchaus unbedeutend den Einzelhandel, daß er der Preisstreberei Vorschub leiste. Gewis kämen Einzelfälle vor, aber im allgemeinen sei zu beobachten, daß im Vergleich zu den Großhandelspreisen im Kleinhandel das Tempo sich verlangsamte. Allerdings sehe die Bevölkerung nur die Kleinhandelspreise in den Kaufplätzen der Stadt, und deshalb der Unwille gegen sprunghafte Preiserhöhungen der Waren. Gegen die Preiserhöhung aller vom Ausland bezogenen oder im wesentlichen aus ausländischen Rohstoffen hergestellten Waren seien wir machtlos; wohl aber fragt es sich, ob die Produzenten von Waren aus heimischen Rohstoffen sowie die Landwirte mit den Lebensmitteln, die wir im Inland erzeugen, im Preis mit dem Dollarkurs mitlaufen müssen. Das müßte er befreien, und hier liegt eine ungeheure Preisentwicklung vor, die beim Produzenten beginnt. Der Minister erklärte weiter, daß das Verlangen des Großhandels und der Industrie, der Einzelhändler solle in ausländischer Währung bezahlen, eine außerordentliche Ueberspannung des Strebens nach Risiko-Sicherung darstelle, die außerdem zu einer beschleunigten Entwertung der Mark erheblich beitragen würde. Wahrscheinlich werde sich der Kartellbeitrag baldigt mit dieser Frage befassen müssen. Ebenso trat der Minister auch der vielfach beobachteten Klage, die Preise in kürzester Zeit entsprechend dem jeweiligen Dollarkurs hinaufzusehen, entschieden entgegen, indem er ausführte, daß der Kurs der Mark leider zu sehr abhängig sei von den Stimmungen der ausländischen Spekulation, die sich nicht durch die wahre Wirtschaftslage des Reiches, sondern lediglich von den politischen Ereignissen beeinflussen lasse.

Auf die Frage an den Minister, wie er sich zu der Anerkennung der Wiederbeschaffungspreise stelle, erwiderte er etwa folgendes: Der Standpunkt der Reichsregierung ist in der Plenarsitzung des Reichstages vom 14. Juni 1922 von dem Reichswirtschaftsminister dahin gekennzeichnet worden, daß die Wiederbeschaffungskosten nur dann berücksichtigt werden können, wenn sie nicht der Ausbruch einer Notmarktlage sind. In dieser Auffassung hat sich nichts geändert. Befreht keine normale Marktlage — und man wird bei der heutigen Gestaltung des Warenmarktes, insbesondere der Zurückhaltung der Lieferanten und der gegenüber den Bedarfsdeckung des Handels dieses annehmen müssen — ist der Verkaufspreis nach wie vor auf der Grundlage der individuellen Gestehungskosten zu errechnen, wie sie in Anlehnung an die amtliche Begründung der Preis- und Preisveränderung vom Reichsgericht entwickelt worden sind.

# Starke Steigerung der Indeziffer.

II. Berlin, 6. September.

Die Reichsindeziffer für die Lebenshaltungskosten ist nach den Erhebungen des statistischen Reichsamtes über die Aufwendungen für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung im Durchschnitt des Monats August auf 7029 gegenüber 4990 im Juli gestiegen. Die Steigerung beträgt 40,9 Proz. und übertrifft somit den Steigerungssatz um 32 Prozent vom Juni zum Juli noch erheblich. Die Reichsindeziffer für die Ernährungskosten stellt sich im Durchschnitt des Monats August auf 9746. Sie ist gegenüber dem Vormonat mithin etwas stärker als die Gesamtaufgaben gestiegen. Fast sämtliche Lebensmittel, Karotten und Gemüse ausgenommen, haben weiter stark im Preise angezogen. Auch Feig- und Leinölpreise sind erheblich teurer geworden.

Die Reichsindeziffer für die Lebenshaltungskosten ist nach den Erhebungen des statistischen Reichsamtes über die Aufwendungen für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung im Durchschnitt des Monats August auf 7029 gegenüber 4990 im Juli gestiegen. Die Steigerung beträgt 40,9 Proz. und übertrifft somit den Steigerungssatz um 32 Prozent vom Juni zum Juli noch erheblich. Die Reichsindeziffer für die Ernährungskosten stellt sich im Durchschnitt des Monats August auf 9746. Sie ist gegenüber dem Vormonat mithin etwas stärker als die Gesamtaufgaben gestiegen. Fast sämtliche Lebensmittel, Karotten und Gemüse ausgenommen, haben weiter stark im Preise angezogen. Auch Feig- und Leinölpreise sind erheblich teurer geworden.

Bekanntmachung.

Dem Strandamt ist ein aus Eiche erbautes 8,40 m langes und 1 m breites innen und außen geöltes Ruderboot, welches im Trademünder Hafen treibend aufgefunden ist, eingeliefert worden.

Der berechnete Eigentümer wird aufgefordert, seine Ansprüche bis zum 15. November d. J. bei dem unterzeichneten Strandamt geltend zu machen.

Das Strandamt.

Am 8. September 1922 ist eingetragen: 1. bei der Firma Anhydrot-Werke, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Lübeck. Durch Gesellschafterbeschluss vom 30. Juni 1922 ist der § 4 des Gesellschaftsvertrages geändert; 2. bei der Firma Jordan & Berger Nachf., Aktiengesellschaft, Zweigniederlassung Lübeck. Durch Beschluss der Generalversammlung vom 22. Juni 1922 sind die §§ 3, 6, 14 und 22 des Gesellschaftsvertrages geändert; 3. bei der Firma Cohns & Mm, Aktiengesellschaft, Hamburg, Zweigniederlassung Lübeck. Die Procura des Julian Arnold ist erloschen.

Lübeck.

Das Amtsgericht, Abt. II.



TERPENTINÖLWARE IN DOSEN MIT BANDEROLE

Möbel Herren-, Speise-, Schlachzimmer, Küchen. Goldts Möbellager Fischergarube 25/27.

Dr. Müller & Co. Bruchleidende! Verlangen Sie kostenfreie Aufklärung über Dr. Müller's Bruchheilapparat 'Probata', ohne Feder, ohne Gummiband, ohne Schenkelriemen. Hält jeden Bruch ohne lästigen Druck, tag u. Nacht tragbar. Glänzende Heilerfolge.

Eimerbier Jed. Freitag v. 8-11 Uhr 6443\* H. Bade.

Reit-Spring-Fahr-Turnier in Schwartau-Riesebusch am Sonntag, dem 10. September, nachmittags 2 Uhr. Programm, Vorverkauf und alles Weitere siehe Plakate. Landwirtschaftlicher Verein Lübeck e. V.

Konsumverein für Lübeck u. Umg. e. G. m. b. H.

MITTEILUNG AN UNSERE MITGLIEDER!

Nach den Ermittlungen des Statistischen Landesamts in Lübeck vom 1. und 2. September ergeben sich nachstehende Preise im Kleinhandel, denen wir unsere heutigen Warenpreise gegenüberstellen. Wir bemerken aber gleichzeitig, daß wir am Tage vor der Erhöhung noch wesentlich niedrigere Preise hatten, die den niedrigsten Preisen nachstehender Tabelle entsprechen oder darunter bleiben:

Table with 5 columns: Item, häufig, höchst, niedrig, Zum Vergleich heutiger Preise des Konsumvereins. Items include Margarine, Weizenmehl, Buchweizengrüße, Hafergrüße, Haferflocken, Gerstengraupen, Getreidegrüße, Erbsen, gelbe, Erbsen, grüne, Bohnen, weiße, Reis, Reismehl, Sago, Zucker, Lee, Kaffee, Speisesalz, Kartoffelmehl.

Was zeigt dieser Vergleich?

- 1. Die Leistungsfähigkeit unseres Konsumvereins und damit die Richtigkeit der Behauptung, daß wir den Verbrauchern in den letzten Monaten wieder Millionen erspart haben. 2. Die Tatsache, daß 800 Mark Geschäftsanteil, die Eigentum des Mitgliedes bleiben, nur eine geringe Gegenleistung für die großen Vorteile, die wir beim Warenbezug bieten, darstellen. 3. Die große Bedeutung des genossenschaftlichen Zusammenschlusses und genossenschaftlichen Wirkens.

Dieser Feststellung, die für jeden Verbraucher zu wissen notwendig ist, möchten wir noch einige Bemerkungen anhängen, die ebenfalls von allgemeinem Interesse sind.

In den letzten Tagen ist von verschiedenen Seiten immer wieder die Frage gestellt worden, ob denn, nachdem eine Besserung der deutschen Papiermark eingetreten sei, nicht auch ein Preisabbau bei der Warenabgabe stattfinden könnte. Soweit wir von dieser Frage berührt werden, haben wir folgendes zu erklären:

Ein Preisabbau für die von uns geführten Waren kann erst dann in Frage kommen, wenn Erzeuger und Großhändler Preise fordern, die unter unseren heutigen Preisen liegen. Wir wollen diese wenig erfreuliche Tatsache durch Beispiele ergänzen:

Table with 4 columns: Item, Price, Großhandelspreis, heutiger Verkaufspreis. Items include 1 Pfd. Zucker, 1 Pfd. Bohnentafel, 1 Paket Korntraut, 1 Kiesel Seife, 1 Rolle Nähgarn 1000 m.

Diese Beispiele, die noch vielfach ergänzt werden könnten, dürften auch jedem Laien zeigen, wie es mit der Möglichkeit eines Preisabbaues bei der Warenabgabe aussieht. Nach den von uns angeführten Beispielen kann sich jeder selbst ausrechnen, daß die heutigen Preise der genannten Artikel noch etwa um die Hälfte steigen werden, wenn Erzeuger und Großhändler nicht ganz wesentlich mit ihren Forderungen zurückgehen. Unsere Darstellungen zeigen aber weiter, daß wir in einer Zeit katastrophaler Aufwärtsbewegung aller Preise uns große Verdienste erworben haben, dahingehend, daß wir die wirtschaftliche Not weitestgehend lindern konnten. Dieser Umstand sollte aber auch jedem Mitglied es leicht machen, seine Pflichten dem Verein gegenüber zu erfüllen, insbesondere dadurch, daß jeder, der nur irgend dazu in der Lage ist, sich bemüht, seinen Geschäftsanteil von 800 Mark noch vor dem 30. September einzuzahlen. Ferner weisen wir noch darauf hin, daß unsere Mitglieder auch ihre Spargelder im genossenschaftlichen Interesse in unserer eigenen Spartafel gegen gute Verzinsung anlegen können. Annahme von Spargeldern und Ankauf über die Bedingungen in allen Abgabestellen. Als Sicherheit hinter der Kapitalanlage in unserem Betriebe stehen die bedeutenden und umfangreichen Sachwerte unseres Grundbesitzes, unserer Maschinen, Pferde, Ladeneinrichtungen, sowie die großen Warenlager, die wir unterhalten. Erfahrene Wirtschaftsführer rechnen unsere Betriebe daher zu den sichersten Kapitalanlagen.

Uns kleinsten Anfängen hat sich ein gewaltiger Betrieb entwickelt. Unser Monatsumsatz im August betrug 45 Millionen Mark, das ist mehr als im ganzen Geschäftsjahre 1920/21.

Kraftlos vorwärts und aufwärts zum Segen aller Verbraucher laute unsere Parole!

Der Vorstand.

Achtung! Neu eingetroffen! Starke getrag. Arbeitsschuhe in allen Größen und Gattungen. Feldgraue Hosen und Joppen neu und getragen. Mod. Anzüge, Herren-Wintermäntel, Fracks und Westen. O. Schröder, Balauerföhr 12.

Ein Posten Damen-Flausdirmäntel in allen Farben Mt. 1850.- Herren-Schlüpfer Mt. 2500.- bis Mt. 8500.- Anzüge in großer Auswahl vorhanden! Franz Wehrend, Balauerföhr 35.

Visitenkarten werden in modernster Ausführung angefertigt bei Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Gilt! Gilt! Tel. 3601.

Um meinen Kontrakt zu erfüllen, zahle für: Ankl.-Papier keine 9, foud. kg 10.50 Schwer-Papier keine 10, foudern kg 12.00 Ganzhandlumpen kg 10.40, 50.- Schwer-Gewebe kg 7.- Knochen kg 7.50 Krollhaare kg 80.- Flächen pro Etid 3.- bis 10.- Tisch-Schweiß-Haare kg 425.- u. 530.- Tel. 3601.

Zahle diese Preise bis Dienstag abend bei realer Abnahme, Sonnabend ununterbrochen geöffnet. R. Lissauers Produkten-Börse, 5 Gartengrube 5.

Alle Arbeiter kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei Otto Albers Markt 4 Nebhm. 10

Eimerbier Freitag, von 4-6 Uhr 6565 Brauerei Stamer.

Außerordentliche Generalversammlung. I. Beratung 2. Erörterung 3. Verschiedenes. Der Vorstand.

Café „Vaterland“ Täglich Konzert der Hamburger Künstler-Vereinigung. Direktion: Adolf Martens

Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands Ortsverein Lübeck.

Mitglieder- Versammlung Sonnabend, 9. Septbr. abends 6 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Lohnfrage, 2. Bericht vom Ortsausfluß, 3. Stellungnahme z. Stillestandsfrage, 4. Verschiedenes. Um vollzähliges und pünktliches Erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung.

Bekanntmachung. Achtung Handwerker! Versammlung am Freitag, dem 8. September d. J., abends 8 Uhr, in der Aula der Ernestinenschule. Tagesordnung: Stellungnahme zu dem Beschluß der Bürgerschaft betr. die Aufhebung der Baugewerkschule. Die Gewerkschamer. NB. Das Erscheinen aller Handwerker ist dringend erforderlich!

Zentralverband der Angestellten Fachgruppen: Versammlung am Freitag, 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. (Garderobe). T.-O.: Unsere Forderungen f. d. Monat September.

Weißer Engel. Großer Ball. Jeden Sonntag und Freitag.

KOLO SSEUM Freitag, 8. September, ab 7 Uhr: Großes Konzert Leitung: Kapellmeister Sulanke. Heiterer Künstler-Abend mit nachfolgender Réunion unter Mitwirkung erster Künstler.

Hansa-Theater. Sonntagabend, 9. September, 7 1/2 Uhr. Die Bajadere. Operette in 3 Akten v. Kalman. Hauptrollen: Niemi, Rohde, Schäbler, Wolf, Ziegler.

Kranken- u. Sterbekasse gewerblicher Arbeiter. Außerordentliche General-Versammlung am Donnerstag, 5. Oktober abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung: Abänderung der § 8 Absatz 5, § 8 Absatz 1, § 13 Absatz 1 und § 12 Absatz 1 der Satzungen. Nach Schluß der Versammlung findet eine Versammlung d. Frauensterbekasse gewerblicher Arbeiter statt mit der Tagesordnung: Abänderung der §§ 4 und 5 des Statuts.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Lübeck. Banklechner, Bauchslosser, Elektriker und Schmiede. Den Kollegen zur Nachricht, daß beide Teile den Schiedspruch angenommen haben. Der Stundenlohn beträgt vom 1.-15. Sept. für Gesellen über 24 Jahre . . . 1.60.- vom 2. Gesellenjahr bis zum 24. Jahre . . . 1.55.- im 1. Gesellenjahr 1.45.- Die Ortsverwaltung.

Stadttheater Lübeck. Donnerstag, 7. Sept. 7.00 Uhr: Carmen. Dirigent Fritz Krieger. Freitag, 8. Sept., 8 Uhr: Tristan und Isolde. Sonnabend, 9. Septbr. 7.30 Uhr: Musikisches Kammerballett. Sonntag, 10. Sept., 2.30: Wort, f. d. Volkshaus. Stimm von Porritt. 7.30: Musikisches Kammerballett.

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 7. September.

Margarinepreise.

Die Margarinepreise sind in den letzten Tagen, nachdem sie vorher etwas ermäßigt waren, wieder heraufgesetzt worden.

So geht der Wettkampf der Margarinepreise einerseits und der Milch- und Butterpreise andererseits sehr zum Schaden der Konsumenten weiter.

Die höheren Normen, die in der letzten Zeit gegen die Margarineindustrie wegen ihrer Preispolitik erhoben werden konnten, haben den Margarineverband veranlaßt, in Zukunftsfrist an die Käufer Stellung zu nehmen.

Die Tatsache, daß Margarine stark von der Valuta abhängig ist, soll nicht bestritten werden. Man muß jedoch darauf hinweisen, daß vor allem inländische Arbeitskraft, die längst nicht mit Valutaalöhnen bezahlt wird, eine große Rolle beim Produktionsprozeß spielt.

Wenn übrigens die Margarineindustrie über die großen Verluste klagt, die sie angeblich infolge der Valutalückenschwankungen erleidet, so steht das im Gegensatz zu der Tatsache, daß bis jetzt auch diese Industrie bei ihren Gewinnausschüttungen nicht so spärlich umgegangen ist, wie man es bei Valutaverlustern erwarten möchte.

Unseres Erachtens noch wäre es höchste Zeit, daß von amtlicher Seite einmal die Margarinepreise nachgeprüft würden, um festzustellen, ob es sich hier nicht um eine ungerechtfertigte Bereicherung der Margarineindustrie handelt.

Konsumverein und Wirtschaftsfragen.

Am Sonntag hatte sich im Gewerkschaftshaus der Genossenschaftsrat des Konsumvereins für Lübeck und Umgebung e. G. m. b. H. zu einer Besprechung über die augenblicklichen Verhältnisse auf dem Wirtschaftsmarkt, und die Beteiligung der Konsumvereine an diesen Dingen, versammelt.

Politische Äberei ist es, was die „Lübecker Anzeigen“ am Mittwoch in einem Artikel über die Amtsblattfrage ausfragen. Die Mehrheitsbeschlüsse in den Parlamenten sollen oft im Widerspruch stehen mit der Mehrheit der Volksmeinung.

Rundbelmübel. Und wenn dann noch jeder in der Plenarsitzung seine Ansicht in kühnen Reden begründen wollte, dann wäre jegliche praktische Arbeit unmöglich.

25 Jahre Mitglied des Senates. Herr Senator Dr. Stoffs konnte gestern auf eine 25jährige Tätigkeit im Senat zurückblicken. Er wurde am 6. September 1897 in den Senat gewählt und hat im Laufe der Jahre eine rege Tätigkeit in den verschiedensten Körperchaften ausgeübt.

Mahnung an die Angestelltenchaft. Von der Gauleitung des Zentralverbandes der Angestellten erhalten wir folgende Zuschrift: Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, der Verband der weiblichen Handels- und Bureauangestellten und der Gewerkschaftsbund der Angestellten scheuen sich nicht, mit Hilfe von langfristigen Kundigungsparagraphen die Angestelltenchaft wenigstens eine Zeitlang zwangsweise bei sich zu behalten.

Beendigung des Lohnkampfes der Bäckerinnen. Der Streit um die Ausparierung der Bäckerinnen ist nach drei- bzw. vierwöchiger Dauer beendet. Nachdem am 28. August eine Vermittlung durch den Demobilmachungskommissar, Herrn Dr. Link, herbeigeführt war, die aber leider zu keinem Ergebnis führte, gelang es, durch beiderseitiges Entgegenkommen am 31. August den Streit in der Dampfbackerei Vorwerk zu beenden.

Zwachmende Geldnot. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Die augenblicklich herrschende Papiergeldnot ist zu einem gewissen Teil auf das unverantwortliche Hamstern von Papiergeld zurückzuführen, das vielfach auf dem platten Lande beschachtet wird.

Freibleibende Zeitungsbezugpreise führt die Reichspost für die vierzehntägig zu beziehenden Zeitungen, am 1. Januar für die ganz- oder halbjährig bezogenen ein. Der Post gegenüber gelten die angemeldeten Preise als feststehend. Eine Preiserhöhung ist in der Zeitung mitzuteilen.

Speicherfäulnisse. Es ist in letzter Zeit wiederholt vorgekommen, daß durch gelaufenen Mais der schwarze Kornläufer (Schnäuzer Kornunruh) in Getreidespeicher eingeschleppt worden ist. Da dieser Schädling großen Schaden anrichten kann und sehr schwer wieder zu beseitigen ist, wird bei der Einlagerung von gelaufenem Mais größte Vorsicht empfohlen.

Die Gewerkschaften veranstalten am Freitag, dem 8. September d. J., abends 8 Uhr, in der Aula der Ernestinenkirche eine Versammlung, in der zu dem Beschluß der Bürgerchaft über die Aufhebung der Dampfschule Stellung genommen werden soll.

Saatenstand im Lübeckischen Staat. Nach den Meldungen der Saatenstandsberichterstatter hat das Statistische Landesamt für Anfang September folgende Saatenstandsnoten berechnet (Nr. 2 bedeutet gut, Nr. 3 mittel, Nr. 4 gering): Für Hafer 3,7 (1921: 2,9) für Kartoffeln 2,8 (3,2), für Runkelrüben 3,0 (3,4) für Alee 3,1 (3,5) und für Weizen 2,4 (3,2).

Zu Zentral-Theater in der Johannisstraße werden zwei Filme vorgeführt, die besonders lobend erwähnt werden müssen. Der erste, „Das Glashausmädchen“, ein 10aktiger Filmroman, ist das Spiegelbild des Filmlebens, wie es sich in Wirklichkeit hinter den Kulissen vieler Filmfabriken abspielt.

pb. Versteigertes Dieb. Bei dem Versteig, eine gemauerte Mauer zu flecken, wurde ein Dieb überführt, der dann außer der Strafe auch eine zweijährige gefüllte Gefängnisstrafe im Strafe bezug erhielt.

pb. Fahrraddiebstahl. In den letzten Tagen sind wieder verschiedene Fahrraddiebstahl zur Anzeige gebracht. So wurden in einer Nacht drei Fahrräder gestohlen, die von Göffen des Krummmeßer Baums dort hingestellt gewesen waren.

pb. Darlehenszwang. Wegen dringenden Bedarfs des Darlehensschuldners wurde ein aus Berlin hier zugewandter angehobiger Redakteur der Zeitung „Der Kapitalmarkt“ festgenommen. Der festgenommene hatte aus verschiedenen Tageszeitungen solche Annoncen herausgeholt, in denen Geldsuchende um Darlehen baten.

Hinweise auf Veranstaltungen, Theater usw.

Achtung, Betriebsräte! Meldungen für die Betriebsräte-schule werden nur bis zum 15. ds. Mts. im Gewerkschaftssekretariat entgegengenommen.

Stadttheater. Trifft am Freitag unter der musikalischen Leitung Kapellmeisters Mannhardt. Sonnabend zum ersten Mal das „Russische Kammerballett“. Für die Vorstellung sind nur noch einige Plätze zu haben.

Die Belegschaft der Lübecker Straßenbahn veranstaltet am 16. September im Gewerkschaftshaus ein Fest mit Tombola zum Besten unterstützungsbedürftiger Straßenbahner und Werkstättenarbeiter. Zur Verlosung gelangen 60 Gewinne im Werte von über 35 000 Mark.

Angrenzende Gebiete.

Bergeborf. Schwere Eisenbahnunglück. Am Mittwoch wurde von dem Frühzug der Vierländer Eisenbahn der Milchspeicher des Milchhändlers Westmann in Bergeborf überfahren. Der Rührer und das Pferd sind tot.

Schwern. Entlassen und wieder verhaftet. Der wegen Bestätigung der Rathenau-Wäcker kurz nach dem Abtritt auf Rathenau verhaftete Leiter der demokristlichen Organisation in Mecklenburg, Erich Bode, wurde vor wenigen Tagen aus der Haft entlassen. Bode ist nun dem Staatsanwalt in Schwern wegen Geheimnisbrei wieder verhaftet worden.

Syll. Spielclubs in Westerland. In Westerland auf Sylt haben sich in angelegenen Logierhäusern eine Anzahl von Spielclubs niedergelassen, in denen Backarat und Roulette gespielt wurde. Die Badegäste liegen in diesen Clubs hoch Geldsummen. Dabei blieb es aber nicht, sondern es verschwand auch aus den Hotelzimmern und verschlossenen Koffern für viele Millionen Schmut- und andere Wertgegenstände.

Ichien dort als eifriger Mitspieler und an einem bestimmten Tage, zwölf Uhr nachts, erfolgte die Razzia. Sämtliche Spielgeräte und Gelder wurden beschlagnahmt und alle Klubmitglieder und Mitspieler wurden zur Polizei befördert und die verdächtigen Elemente in Haft behalten.

### Der Milchpreis

für die kommende Woche ist der gleiche wie bisher: 28 Mark.

### Zu den Um- und Anbauten des ehemaligen Zeughauses am Dom.

Wir Lübecker können bei dem Museumsbau verbeden und entsetzten Süßbrot unseres Domes nur mit einem Gefühl jünger Bitterkeit gegenübersehen, wenn wir uns gegenwärtigen, welche ein köstliches harmonisches Architektur- und Städtebild hier zerstört ist. Es ist daher begreiflich, daß man jetzt mit gespannter Aufmerksamkeit und Besorgnis die Bauten verfolgt, die gegenwärtig nach den Plänen und unter der Leitung von Oberbaurat Wirt auf der Nordseite des Domes ausgeführt werden, und die Desensibilisierung hat wohl ein Recht, zu erfahren, was dort geschieht.

Der praktische Anlaß wird ja bekannt sein: Nachdem die bisherigen geräumlichen Räumlichkeiten des Polizeiamtes schon längst völlig unzureichend geworden waren, wurde das ehemalige Zeughaus zum Polizeidienstgebäude bestimmt und wird hierzu umgebaut. Der wertvolle Renaissancegiebel an der Parade bleibt hierbei — abgesehen von der Einfügung neuer Fenster — unverändert. In der Querachse nach dem Bahnhof zu ist ein Erker mit Dachausbau vorgetragen, der von dem Raumbedarf gefordert war; übrigens erhob sich hier auch früher bereits ein größerer Querriegel an Stelle des Kleinen, jetzt beseitigten Wiedenerkers. Gegenüber nach dem Kirchhof hin ist ein Gruppenfenster für das hier eingebaute Treppenhaus ausgeführt. Da ferner Diensträume im Dachgeschoß unterzubringen waren, so mußten für diese neue Dachtersele beschafft werden. Man mag in diesen Veränderungen eine Beeinträchtigung der großen ruhigen Gesamteindruckung des alten Baues erblicken, doch war dieses nicht zu vermeiden, sofern man nicht überhaupt auf seine Verwendung als Polizeigebäude verzichten wollte. Derartige Gesichtsmomente können aber bei unserer wirtschaftlichen Notlage nicht ausschlaggebend sein, und man wird auch dem Umbau einen selbständigen künstlerischen Wert zubilligen müssen.

Von viel größerer Bedeutung für das architektonische Gesamtbild als dieser Umbau ist nun aber die Errichtung der Polizeiwache neben dem ehemaligen Zeughaus, die jetzt gerade im Rohbau fertiggestellt ist. Das Bauprogramm verlangte dieses Haus. Würde es nicht so gemessen, so hätte man es aus künstlerischen Gründen mühen müssen, wenn dann auch natürlich auf die Ausführung hätte verzichtet werden müssen. Es ist allerdings ohne Frage eine äußerst heikle Sache, auf diesem Gebiet überhaupt wertvollen und exponierten Bauplatz ein Gebäude zu errichten. Auch ist es begreiflich, daß das Häuschen in seiner gegenwärtigen isolierten Lage nicht ganz befriedigen kann; es kommt jedoch noch eine niedrige Bodenstellung zur Ausführung, die die Verbindung mit dem Zeughaus bewirkt wird. Hierdurch erst erhält der Paradeplatz seinen architektonischen Abschluß, der ihm bisher fehlte, da zwischen Zeughaus und Markthausgarten eine Lücke war. Der künstlerische Wert der festen Begrenzung einer Platzanlage wissen wir jetzt aber wieder zu würdigen, nachdem das Gefühl hierfür im vorigen Jahrhundert verloren gegangen zu sein schien. Ganz ähnlich wie jetzt war übrigens schon früher der Paradeplatz von einem im 18. Jahrhundert errichteten Nach-

gebäude und einer von Torbögen durchbrochenen Mauer neben dem Zeughaus abgeschlossen. Man beachte auch, wie glücklich sich schon jetzt das Gebäude in die Baumgruppe des Kirchhofs einfügt. Ferner aber läßt dieses Häuschen gerade durch den kleinen Maßstab, den es in das Bild hineinträgt, die Domtürme umso mächtiger dahinter ansteigen und bildet in seiner breiten Lagerung einen wirksamen Gegensatz zu den großen Vertikalen des Gellenshauses, Zeughauses und der Domtürme. Man hätte m. E. zur stärkeren Betonung dieses Gegensatzes wünschen können, daß der wegen des geforderten Fensters über dem Eingang nötige Dachausbau sich noch mehr gebückt hätte: das hohe abgestufte Rechteck mit dem Zinnenabschluß beinträchtigt nach meinem Empfinden den sonst so wohltuenden Eindruck der horizontalen Gestaltlichkeit des Gebäudes.")

Der schlichte Umbau am anderen, südlichen Ende des Zeughauses wird nur am Domkirchhof, dem er seinen mit einer Spitzverdachung bekrönten Giebel zugehört, stärker in Erscheinung treten, in seiner schlichten Unterordnung keineswegs aber als eine Beeinträchtigung des Domes empfunden werden. Besonders günstig wird die Bogenverbindung wirken, die gerade jetzt zwischen dem Umbau und dem Dom ausgeführt wird. Derartige Strebebögen mit ihren reizvollen Durchblicken sind ja gerade uns Lübeckern von der oberen Engelsgrube und den Querstraßen her wohlvertraut. In der Funktion als Verbindung zweier Gebäude kennen wir den baukünstlerischen Wert eines solchen Bogens durch denjenigen zwischen Rathaus und Kanzlei, wo er wesentlich dazu beiträgt, dem Marienkirchhof den Eindruck der Abgeschlossenheit zu verleihen. Auch auf ein schönes Beispiel außerhalb unserer Stadt sei hingewiesen: Die Bogenverbindung zwischen Dom und Kapitelhaus in Regensburg, durch die der föhliche kleine Hof neben dem Domchor erst als solcher zur Geltung kommt. Als Abschluß des Domkirchhofs nach dem Bahnhof zu und als Verbindung der Zeughausgruppe mit dem Dom wird auch der neue Bogen diese einzelnen Baukörper zu einem reizvollen Gesamtbilde zusammenschließen.

Nach den Zeiten städtebaulicher Verirrungen sind wir jetzt wieder zu der altbewährten Einsicht zurückgekehrt, daß das einzelne Gebäude nicht als ein für sich bestehendes und abgeschlossenes Gebilde, sondern im Zusammenhang mit seiner Umgebung zu betrachten und zu bewerten ist. Durch geschickte und taktvolle Gestaltung und Unterordnung der Umbauung vermag der Architekt die Bedeutung und Wirkung eines Monumentalbaues, in unserm Falle des Domes, zu steigern. Das wird aber sowohl durch den niedrigen Umbau mit seiner Bogenverbindung am Dom als auch durch das Nachhäuschen an der Parade erreicht, wie ja auch das bekannte Fachwerkhäuschen am Bahnhof den allgünstigsten Vordergrund und Maßstab für die gewaltige Turmfront des Domes abgibt. Gerade die völlige Nichtachtung dieser Gesichtspunkte hatte die Entstellung der Südseite des Domes zur Folge. Zwei dieser Seiten ist aber nicht, das gegenwärtige Baunternehmen auf der Folie des älteren herauszuheben, sondern zur gerechtem Beurteilung und Betrachtung der Zeughausbauten beizutragen.

\*) Die kleinen Reliefs mit den Schutzmännchen über den Fenstern sind humorvoll und in anerkennenswerter Zurückhaltung künstlerisch entworfen, aber doch wohl nicht ganz dem Ernst der Sache und Zeit.

### Aus aller Welt.

Raubzüge auf dem flachen Lande. Mit fast unglaublicher Verwegenheit ist eine 80 köpfige Bande von Feldbieden in der Braunschweiger Gegend vorgegangen. Die Räuber fuhren mit

Fahrrädern und Handwagen von Braunschweig nach Mascherode, um am helllichten Tage das dortige Rittergut zu plündern und die auf dem Felde liegenden Garben zu stehlen. Die Mitglieder des freiwilligen Ortsbüchses in Mascherode suchten die Bande zu vertreiben. Da sie gegen die Uebermacht aber nichts ausrichten konnten, wurde das Landjägeramt in Braunschweig verständigt, das einige Landjäger schickte, die indessen gleichfalls der Menge gegenüber machtlos waren. Schließlich sandte die Braunschweiger Polizei zwei Lastautomobile mit Schupoleuten. Die Beamten umstellten die Felder, auf denen die Bande ihr Unwesen trieb. Ein Teil der Diebe konnte dann auch verhaftet werden, die anderen entflohen unter Zurücklassung ihrer Fahrräder.

Zugzusammenstoß bei Dortmund. Beim Einlaufen in den Bahnhof in Dortmund stieß ein Personenzug auf einen im Bahnhof haltenden Milchzug. Zwei Wagen des Milchzuges wurden auf den Bahnsteig geschleudert. Ein Eisenbahnarbeiter wurde getötet, 19 Personen verlegt.

Säuererwahnst. Im Säuererwahnst hat ein 40-jähriger Hilfsarbeiter in München nach vorausgegangen Selbstmordversuchen nachts seine Frau überfallen und ihr den Hals durchgeschnitten. Er selbst stürzte sich die Pulsadern, ohne sich jedoch zu töten. Die Frau starb in den Armen der herbeigeeilten Nachbarin.

Sandgranatentat in Mannheim. Dienstmittag betrat ein junger Mann namens Janßen den Saal des Hofjünglingshäuses und warf eine Sandgranate hinein. Verschiedene Stühle wie auch Fensterscheiben wurden beschädigt. Janßen gehört, wie die „Badische Landeszeitung“ hört, zu der Gruppe der sogenannten Nationalsozialisten. Auf seiner Flucht in der Richtung zum Schloß bedrohte er die Passanten mit einem Revolver; er wurde festgenommen.

Schweres Automobilunglück bei Prag. Am Sonntag unternahmen 180 Arbeiter aus Brounau einen Ausflug nach Bukaus im drei Lastautomobil. Bei der Rückfahrt war das eine Automobil mit 42 Personen besetzt. Bei einer scharfen Biegung rief sich durch die große Beladung der Karren des einen Wagens los und stürzte in einen Abgrund. Der schwere Unfall forderte 2 Tote, 13 Schwerverletzte und 18 Leichtverletzte.

Marcel Sembat gestorben. Die Gattin im Tode nachgefolgt. Marcel Sembat ist nach einer Havanameldung plötzlich in Chamoni gestorben. Er gehörte der sozialistischen Partei an und war Minister für öffentliche Arbeiten in dem am 27. August 1914 gebildeten Ministerium Viviani, dem sogenannten Ministerium der nationalen Verteidigung, sowie Arbeitsministerium in dem am 30. Oktober 1915 gebildeten Ministerium Briand. Die Gattin des verstorbenen Genossen Marcel Sembat tötete sich nach der überraschenden Mitteilung von dem Tode ihres Mannes durch einen Revolverbeschuß. Die Genossen Wels und Crispian übermittelten im Namen der deutschen sozialistischen Parteien der sozialistische Partei Frankreichs ein Beileidstelegramm.

### Sprechsaal.

Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

### Ungeheure Bierpreise.

Erneut haben die Brauereien den Bierpreis erhöht und zwar um 700 Mark pro Hektoliter. Es ist zu fragen, nachdem vor 14 Tagen bereits eine namhafte Erhöhung vorgenommen wurde, wo die Brauereien die Berechtigung für solche Erhöhungen hernehmen? Ich fordere die Gewerkschaften auf, hierzu Stellung zu nehmen. Am zweckmäßigsten wird es sein, die Brauereien für Bier allein trinken zu lassen.



### Amtlicher Teil.

Der Senat hat dem Rechtsanwalt und Notar Dr. Ludwig Ernst Sophus Röver, dessen Ehefrau Elisabeth Frieda, geb. Weiermann und seinen beiden Söhnen August Georg und Hildegard, sowie dem Kaufmann Alexander August Georg Röver, dessen Ehefrau Margarete Christiane Albertine, geb. Focke, und seiner Tochter Auguste Dorothea den Familiennamen Röver verliehen. (6561)

### Öffentliche Versteigerung.

Am Freitag, dem 8. d. Mts., vorm. 9 Uhr, sollen in der Versteigerungshalle Gerichtsamt veräußert werden: (6562)  
1 Fuchswald, 2 Schweine, 2 Ferkel, 1 Pferdegeschirr, 1 Blutwagen, 3 Zehner, 1 Eisenstuhl, Kiste, Sig-Gum, Briefkäse u. a. m.  
Gerichtsvollzieher.

### Wahlauschreiben

für die Wahl des Bezirksbetriebsrats beim Oberpräsidenten (Eilbromverwaltungs).

Gemäß §§ 53 bis 60 der Verordnung für die Bildung von Betriebsverwaltungen im Bereich der Reichsverwaltung ist von den mindestens 18 Jahre alten, im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindlichen männlichen und weiblichen Arbeitern und Angestellten der Reichsverwaltung, die an den in der Eintragungsbekanntmachung zur Betriebsratsverordnung für die Reichsverwaltung vom 22. August 1922 zu § 53 Buchstabe e genannten Betriebsräten usw. beschäftigt sind, ein Bezirksbetriebsrat von 3 Mitgliedern zu wählen, unter denen sich mindestens ein Angestellter befinden muß (§ 59 Abs. 4 der Betriebsratsverordnung über die Bildung von Betriebsverwaltungen im Bereich der Reichsverwaltung).  
Wähler sind unter den Betriebsräten des IS und des § 19 Abs. 2 der Betriebsratsverordnung alle mindestens 24 Jahre alten reichsbürgerlichen Wahlberechtigten des Bezirks, für den der Betriebsrat zu bilden ist.  
Die Wahlberechtigten werden angefordert, spätestens am 12. September 1922 Vorlagelisten für die Wahl zum Bezirksbetriebsrat bei dem unterzeichneten Vorstand des Bezirkswahl-

vorstandes H. Bach, Magdeburg, Große Münzstraße 7, einzureichen. Vorlagelisten, die später eingehen oder die nicht von mindestens 3 Wahlberechtigten unterzeichnet sind, sind ungültig.

Jede Vorlageliste soll möglichst doppelt so viel wählbare Bewerber benennen, wie Betriebsratsmitglieder zu wählen sind. Die einzelnen Bewerber sind unter fortlaufender Nummer oder in sonst erkennbarer Reihenfolge aufzuführen und nach Familien-, Vor- (Zu-)Name, Beruf und Wohnort zu bezeichnen. Ausser den Namen der Bewerber können die Vorlagelisten auch ein besonderes Kennwort enthalten.

Die zugelassenen Vorlagelisten werden spätestens eine Woche vor dem ersten Wahltag in den Amtsblättern oder sonstigen für die Veröffentlichung amtlicher Bekanntmachungen bestimmten Nachrichtenblättern der Eisenbahnenverwaltung veröffentlicht werden.

Wo und wann die Wählerliste und ein Abdruck der Wahlordnung zur Einsicht ausliegt, innerhalb welcher Frist und bei dem Eintritte gegen die Wählerliste anzubringen sind, ist dem von den örtlichen Wahlbeamten und Wahlleitern erlassenen Wahlauschreiben zu entnehmen (§ 27 Abs. 2 in Verbindung mit §§ 1, 3 bis 5 und 26 der Wahlordnung).

Die Stimmgabe über die zugelassenen Vorlagelisten für die Wahl zum Bezirksbetriebsrat findet gleichzeitig mit der Stimmgabe für die Wahl der örtlichen Betriebsverwaltungen und mit dem gleichen Stimmzettel (§§ 26 und 30 in Verbindung mit § 11 der Wahlordnung). Das Nähere ist aus dem örtlichen Wahlauschreiben zu entnehmen. Jeder Wahlberechtigte darf nur für eine der vom Bezirkswahlvorstand für die Wahl zum Bezirksbetriebsrat zugelassenen Vorlagelisten stimmen. (6563)

Magdeburg, den 4. September 1922.

### Der Bezirkswahlvorstand:

P. Beck, H. Radolph, W. Reys, Vorstands, 1. und 2. Vorsitz.

### Nichtamtlicher Teil.

Schlösser, Rügen, zu verk. sehr gute Schlösser, Costa 3, Sals-Garten, Berlin, bekannt bei Frau, (6570) W. Schuler, Gumbertstr. 4. (6578) G. Sogel, Langstr.

Am 4. d. Mts. entschlief sanft nach langer in Geduld getragener schwerer Leiden meine liebe Frau, meiner Kinder treuversorgende, herzengute Mutter, unsere einzige Tochter (6584)  
**Maria Rodsien, geb. Staab**  
im Alter von 33 Jahren. Die betrauert von **Ernst Rodsien** und Kindern, **Joachim Staab** und Frau, und allen, die ihr nahe standen.  
Schlutup, Neustr. 3. (6584)  
Beerdigung findet am Sonntag, 10. September, 11½ Uhr mittags, vom Trauerhause aus statt.

Werkmeister-Bezirks-Verein Lübeck.  
Hiermit erfüllen wir die traurige Pflicht, das Ableben unseres Kollegen, d. Reicherters **Gern Richard Sager** bekannt zu geben.  
Seine letzten Absichten!  
Seine Beerdigung Freitag nachmittags 4 Uhr, in Räcknis. (6577)  
Der Vorstand.

Halt meines Dem-Jahrgang 7500 Mk., Mängel u. Schäden, Freilasse noch i. billig. (6578) **A. Meyer, Händler, Gr. Segelstr. 15 a.**  
3. vert. e. Top-Zerrier, Gumbertstr. 1. wachl. (6575) **Hatzenrode 51, II.**

**Mischkaffee** mit 10% Bohnenkaffee ¼ 15.—  
Echokoladenpulver ¼ 17.25  
Vandnudelein 10.—  
Fig.-Nudelein 10.—  
Kadennudelein 10.—  
Maffaroni 11.—  
Sirup ¼ 15.—  
Kunsthonig Pat. 28.—  
Vanille-Puddingpulver ¼ 17.50  
Backpulver Pat. 1.50  
Vanillezucker 1.15  
**Eduard Speck, Huxstr. 30/34. (6574)**  
**Deutschlands Finanzwelt.** Die Bankrottverwaltung Helfferichs. Von Wilhelm Keil. Wfr. 1.80. Buchhandl. Fr. Meyer & Co. Johannstraße 46.

**Käse! Käse!** Ein großer Posten **Ia Tilsiter Käse** eingetroffen.  
Der Verkauf findet zum allerbilligsten Preise statt.  
**Herm. Boldt Markthalen-stand Nr. 4.** Täglich geöffnet von 7½—1 Uhr. Des großen Andranges wegen am Ende der Woche, bitte den Einkauf Anfang dieser Woche zu tätigen.

**Bestellungen** zur Lieferung des **Sekret- und Verordnungsblattes der freien und Hansestadt Lübeck** nimmt entgegen die Buchdruckerei von Friedr. Meyer & Co.

(6555)